

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

München, den xx. xx. 2007

Entwicklung eines Gesamtplanes für Kinder, Jugend und Bildung

Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung erarbeitet in enger Kooperation mit StadträtInnen, allen Akteuren im Feld der Kinder- und Jugendhilfe sowie der schulischen Bildungsarbeit unter Beteiligung einer externen Fachbegleitung in einem abgestuften Verfahren einen Gesamtplan „Kinder, Jugend und Bildung“ in München.

2. Dieser Gesamtplan soll folgende Ziele verfolgen:

a. Erarbeitung eines erweiterten und ganzheitlichen, Schul- und Sozialpädagogik übergreifenden Bildungsbegriffes, der insbesondere die Trennung von schulischer und außerschulischer (formeller, nicht formeller und informeller) Bildung unter Berücksichtigung des je eigenen Bildungsauftrages von Jugendhilfe und Schule aufhebt.

b. Gestaltung einer Bildungsdebatte mit dem Ziel, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit als Leitmaximen eines demokratischen kommunalen Bildungswesens zu verankern und deren fachliche und organisatorische Umsetzung sicher zu stellen.

c. Festlegung gemeinsamer kinder-, jugend- und bildungspolitischer Ziele, die durch neue Steuerungsmöglichkeiten eine produkt- und referatsübergreifende Lenkung ermöglichen.

d. Benennung derjenigen Anteile in städtischen Referaten (insbesondere des Sozialreferates, des Schulreferates, des Referates für Gesundheit und Umwelt sowie des Kulturreferates sowie evtl. des Referates für Arbeit und Wirtschaft), die für die gemeinsame Erarbeitung und Umsetzung eines Gesamtplanes relevant sind.

e. Erarbeitung neuer und verbindlicher Kooperationsbeziehungen: „Kooperative Qualität“ durch integrierte Gesamtplanung (insbesondere gemeinsame Jugendhilfe- und Bildungsplanung unter Einbeziehung der Gesundheitsplanung); regionales Jugendhilfe- und Bildungsmanagement (insbesondere Kooperation von Jugendhilfe und Schule vor Ort, um die fachlichen Trennungen, die durch verschiedene Referate und verschiedene bildungspolitische Begriffe vorgegeben sind, zu überwinden); gemeinsame Qualifizierungsmaßnahmen für die MitarbeiterInnen in Jugendhilfe und Schule, um gemeinsame Sichtweisen zu entwickeln.

f. Ausarbeitung von Modellvorschlägen, wie sich dieser gemeinsame Bildungsbegriff eines Gesamtplanes „Kinder, Jugend und Bildung“ in München auch strukturell durch Veränderungen im Verwaltungsaufbau/Verwaltungsablauf widerspiegeln könnte. Hierbei ist als Mindestziel die Zusammenfassung aller Kinderbetreuungsangebote anzustreben. Dies kann aber nur ein erster Schritt sein. Gesamtziel muss die Erarbeitung eines Verwaltungsmodells sein, das Kinder- und Jugendbildung durch Jugendhilfe und Schule aus einer Hand gewährleistet und das einem übergreifenden Bildungsbegriff gerecht wird.

g. Wichtig ist es, die kooperierende Einbindung der politischen Ebene durch einen Beirat zu gewährleisten.

h. Dem Stadtrat muss die Möglichkeit gegeben werden, spätestens im Herbst 2008 Richtungsentscheidungen treffen zu können, wie die Umsetzung eines Gesamtplanes für „Kinder, Jugend und Bildung“ in München weiter verfolgt werden soll.

i. Als Vorbereitung auf die Entscheidung im Herbst 2008 ist durch das Deutsche Jugendinstitut ein Fachtag im Frühsommer 2008 durchzuführen, der einen Überblick über den aktuellen bildungspolitischen Diskurs und über bekannte Kooperations- und Organisationsmodelle der Verwaltung ermöglicht sowie die Defizite in München benennt und erste Vorschläge für deren Behebung formuliert.

Begründung:

Nie wurde der Begriff „Bildung“ so heftig diskutiert wie zur Zeit. Verschiedenste Studien decken Schwachstellen im deutschen Schulsystem auf; durch die Veränderung an Schule ist auch die Jugendhilfe gefordert neue Wege zu gehen. Wir brauchen eine bessere Vernetzung aller, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Auch München muss sich den neuen Anforderungen stellen. Uns ist klar, dass gewachsene Strukturen nicht von heute auf morgen verändert werden können und dass sich bei jeder strukturelle Änderung neue Schnittstellen bilden, deren eventuelle Schwächen genau beleuchtet werden müssen.

Deshalb erscheint es uns am sinnvollsten, dass in einer breit angelegten Diskussion ein neues Bildungsverständnis entwickelt wird und mit allen Betroffenen ein Verwaltungsaufbau erarbeitet wird, der diesem Bildungsverständnis gerecht wird. Die verschiedenen Bereiche der Verwaltung, aber auch die freien Träger und die Politik müssen gemeinsam einen neuen Weg finden.

In München verfügen wir über ein dichtes Netz an Angeboten für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Lange Zeit war dieses Netz sorgfältig getrennt in verschiedenen Referaten. Formale Bildung wurde im Schulreferat gefördert, gesundheitliche Vorsorge im RGU und außerschulische Bildung und Jugendhilfe im Sozialreferat/Jugendamt. Jedes Referat arbeitete für sich erfolgreich, aber auch oft darauf bedacht, sich – in der eigenen Profession verhaftet – von den anderen Abzugrenzen. Noch vor 10 Jahren mündeten Diskussionen zwischen Lehrkräften und Sozialpädagogen manchmal in gegenseitigen Beschimpfungen als „Kuschelpädagogen“ bzw. „brutale Notengeber“.

Neue Entwicklungen wurden nicht miteinander aufgegriffen, sondern jedes Referat reagierte auf seine Art auf Anforderungen.

Am deutlichsten ist dies in dem Bereich der Kinderbetreuung zu sehen: keinem Außenstehenden, der die gewachsenen Strukturen in den Referaten nicht kennt, ist zu vermitteln warum manche Kinder in Einrichtungen des Schulreferats und andere in denen des Jugendamts betreut werden. Die Trennung nach Kinder unter drei und Kinder über drei Jahren, die lange Zeit als Maßstab galt, ist spätestens seit der Einführung des neuen Bayerischen Kindertagesstätten Gesetz hinfällig.

Es ist also mehr als überfällig, dass wir in München eine Struktur schaffen, in der die Betreuung aller Kinder aus einer Hand geboten wird.

Aber auch im schulischen Bereich hat sich in den letzten Jahren viel verändert. Schule hat sich geöffnet für die Angebote von Jugendhilfe, weil immer mehr Ganztagschulen ein anderes Angebot brauchen, als die bisherige Halbtagschule, weil Jugendeinrichtungen merken, dass durch die Einführung der Ganztagschulen, ihre Kinder mehr in der Schule als in den Freizeittreffs anzufinden sind, weil endlich erkannt wurde, dass die vormittäglichen Schulkinder und die Freizeitkids am Nachmittag genau die gleiche Gruppe ist, und ein gemeinsames Vorgehen zielführend sein kann.

Doch die Zusammenarbeit funktioniert nur da, wo sich mehr oder minder zufällig Menschen auf beiden Seiten gefunden haben, die gut zusammenarbeiten können. Es gibt nur wenige Ansätze, bei denen die Zusammenarbeit aus den Referaten heraus erfolgreich entwickelt wurde.

Wir wollen, dass in allen Belangen, die Kinder, Jugendliche und Familien betreffen, eine gemeinsame Linie verfolgt wird, Strukturen geschaffen werden, die eine einheitliche Planung begünstigen.

Initiative:

Siegfried Benker (Stadtrat)

Jutta Koller (Stadträtin)

Sabine Krieger (Stadträtin)